

FDP-Fraktion (Anfrage Nr. 0591/2013)
--

Eingereicht am 07.03.2013 um 15:17 Uhr.

Ratsversammlung 25.04.2013

Anfrage der FDP-Fraktion zur neuen Rundfunkgebührenregelung

Die neue Rundfunkgebührenregelung stellt viele Kommunen vor große finanzielle Herausforderungen. Daher wird die neue Regelung sowohl in den Kommunen als auch im Deutschen Städte- und Gemeindebund diskutiert. Vor dem Hintergrund der enormen Mehrbelastungen und auch der unklaren Berechnungsgrundlage, auf der die Kommunen erheben müssen, hatte z.B. die Stadt Köln vorerst die Zahlung der neuen Gebühren verweigert, mit der Begründung, dass man dem Steuerzahler nicht zumuten könne, Gebühren auf Verdacht entrichten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1.
Wie haben sich die Rundfunkgebühren für die LHH durch die neue Regelung verändert?
2.
Konnte die exakte zu entrichtende Gebührenhöhe ermittelt werden?
3.
Wenn ja, wie hoch war der finanzielle Aufwand hierfür in etwa einzuschätzen? Wenn nein, wie kam die Verwaltung zu der entrichteten Gebühr?

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 11.03.2013